

Kommunalwahlprogramm Darmstadt der Piratenpartei (PIRATEN)

Präambel

Die Globalisierung des Wissens und der Kultur der Menschheit durch Digitalisierung und Vernetzung stellt deren bisherige rechtliche, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen ausnahmslos auf den Prüfstand. Die falschen Antworten auf diese Herausforderung leisten einer entstehenden totalen und totalitären, globalen Überwachungsgesellschaft Vorschub.

Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur, die Verteidigung der Bürgerrechte und die Wahrung der Privatsphäre sind die Grundpfeiler für eine Gesellschaft des 21. Jahrhunderts.

Mit ihrem Programm zur Kommunalwahl 2011 brechen die Darmstädter Piraten die globalen Ziele der Piratenpartei auf lokale Maßnahmen herunter. Bildung, Datenschutz, Finanzen, Kinder und Familie, Kommunikationsinfrastruktur, Kultur, Transparenz und Überwachung sind auch auf Ebene der Stadt Darmstadt Kernthemen und Handlungsfeld der Piraten. Positionen zu weiteren Darmstädter Themenfeldern finden sich etwa zu Verkehr, Soziales und Abfallentsorgung.

I. Bildung

Die Bedeutung von guten Bildungsmöglichkeiten kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, was umso mehr für die Wissenschaftsstadt Darmstadt gilt. Die Darmstädter Piraten stehen daher für eine proaktive, äußere Schulverwaltung, um den Wissenschaftsstandort Darmstadt nicht nur attraktiv für Familien zu halten, sondern auch die Jugend der Stadt optimal zu fördern.

Wir setzen uns dabei klar für eine Koordination zwischen der Stadt Darmstadt und dem Kreis Darmstadt-Dieburg ein. Es ergibt keinen Sinn, hier nicht miteinander zu arbeiten.

Daraus ergibt sich aber auch die Verpflichtung, Gebäude und Ausstattung der Schulen angemessen zu gestalten. Die Binsenweisheit, dass sich eine gepflegte Umgebung direkt positiv auf das Lehren und Lernen auswirkt, darf nicht länger ignoriert werden.

Ebenso sind Bibliotheken nicht nur ein wesentlicher Pfeiler für eine gelungene Bildungspolitik: die Darmstädter Büchereien müssen mit adäquaten Öffnungszeiten und angemessener Ausstattung die Möglichkeit bieten, das verfassungsrechtlich verbrieft Grundrecht, sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten, wahrzunehmen.

II. Bürgerbeteiligung

Wir wollen jedem engagierten Bürger die Möglichkeit bieten, aktiv zu einer besseren Politik beizutragen.

Darmstadt hat dank der Großprojekte der derzeitigen Stadtverwaltung eine auf Überschuldung ausgerichtete Finanzpolitik. Es hilft jedoch wenig, die Schulden durch noch mehr Schulden zu finanzieren und ansonsten im politischen Handeln "weiter so" zu machen. Es ist an der Zeit, das Thema offensiv anzugehen.

Kommunale Bürgerbeteiligung bindet die Bürger mit in die kommunale Verwaltung ein. Im Gegenzug erhalten die Bürger Gestaltungsrechte an der kommunalen Politik. Aus unserer Sicht lassen sich damit noch ungenutzte Potentiale nutzen.

Auch Darmstadt soll zu den Kommunen gehören, die es ihren Bürgern ermöglicht bei der Entwicklung der Stadt und ihrer Viertel mitzuwirken, finanzielle Prioritäten zu setzen und einen Bürgerhaushalt zu gestalten.

Oft beschränken sich Bürgerhaushalte jedoch lediglich auf "Wahl der Qual" bei der es lediglich um die Legitimierung bereits beschlossener Sparmaßnahmen geht.

Das Piratenkonzept der Bürgerbeteiligung geht daher darüber hinaus. Für viele Bürger sind die finanziellen Belastungen bereits am Rande des erträglichen. Dennoch können sie aktiv daran mitwirken, dass die Ausgaben der Kommune gesenkt werden, ohne dass dadurch die Lebensqualität sinken müsste.

Wir wollen eine neue Form der ehrenamtlichen Tätigkeit schaffen, die dadurch eine ganz neue Qualität der Beteiligung schafft, da man sich aktiv seine Ziele setzen kann.

Was spricht zum Beispiel dagegen, den Bürgern die Möglichkeit zu geben, einen von der Schließung bedrohten Spielplatz in eigener Regie zu betreiben? Die Kommune könnte hierbei Knowhow, Werkzeuge und rechtlichen Rat beisteuern.

Was spricht zum Beispiel dagegen ein stadtweites WLAN in Verantwortung der Bürger zu errichten, bei denen die Kommune dafür sorgt, dass das juristische Risiko für die Beteiligten so gering wie möglich gehalten wird?

Bürgerbeteiligung durch Bürgerhaushalte und ehrenamtliche Tätigkeiten Hand in Hand mit der Kommune: Garant für eine effizientere, ziel- und bedarfsorientiertere Verwaltung nach dem Willen des Bürgers. Diesen erhöhten Grad der Zielerreichung halten wir auch im Verwaltungshandeln für möglich.

Die lokale Agenda 21 der Stadt Darmstadt mit ihrer heutigen thematischen Beschränkung auf Umweltschutz im Einklang mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen nutzt die Möglichkeiten von Bürgerbeteiligung nur in Randbereichen.

III. Finanzen

Die Piratenpartei setzt sich ein für einen verantwortungsvollen Umgang der Stadt mit den Geldern der Bürger. Auch eine Stadt kann nicht auf Dauer mehr ausgeben als sie einnimmt, ohne früher oder später in einer unumkehrbaren Schuldenfalle zu landen. Sie muss in guten Zeiten Rücklagen bilden, damit sie in schlechten Zeiten darauf zurückgreifen kann. Nachfolgende Generationen dürfen nicht finanziell handlungsunfähig werden.

Daher setzt sich die Piratenpartei dafür ein, langfristig die Verschuldung der Stadt Darmstadt abzubauen und Haushaltsüberschüsse zur Bildung von Rücklagen und zur Senkung von Gebühren und Steuern zu erwirtschaften. Das Ziel soll in zwei Schritten erreicht werden. Als erstes soll in der folgenden Wahlperiode 2011 bis 2016 das jährliche Haushaltsdefizit der Stadt auf eine stabile Null zurückgeführt werden. Danach sollen in den Folgejahren kontinuierlich Verbindlichkeiten zurückbezahlt werden. Ziel ist eine komplette Entschuldung der Stadt.

Die Darmstädter Piraten setzen sich ein für einen problem- und lösungsorientierten, ideologiefreien Mix aus höheren Einnahmen und Senkung von Ausgaben. Dieser soll für alle Bürger nachvollziehbar, verständlich und transparent sein. Ferner sollen Bürger eine verstärkte Möglichkeit zur Meinungsäußerung bekommen sowie die Möglichkeit Projekte mit zu gestalten. Bei wichtigen Großprojekten werden frühzeitig Meinungsbilder bei den Bürgern eingeholt.

Durch Mitgestaltung und Mitsprache wird die Identifikation des Bürgers mit der Stadt gestärkt sowie bessere und kostengünstigere Lösungen gefunden und realisiert. Nur ein Bürger, der für die finanzielle Situation der Stadt sensibilisiert ist, ist auch bereit persönliches Engagement aufzubringen und persönliche Opfer in Kauf zu nehmen.

IV. Gläserner Staat statt des gläsernen Bürgers

Transparenz in der Kommunalverwaltung

Die Piratenpartei ist eine Bürgerrechtspartei im Informationszeitalter. Die Rechte der Bürger werden deutlich gestärkt, wenn es den Bürgern ermöglicht wird, politische Prozesse nachzuvollziehen und zu beeinflussen. Eine Meinung kann sich bilden, wer informiert ist. Transparenz in der Kommunalverwaltung schafft die Grundlage um Bürger in die Entscheidungsprozesse in ihrer Gemeinde einbinden zu können. Die Piratenpartei will offen nachvollziehbare Entscheidungen statt Lobbyarbeit.

Wir werden:

- Unterlagen, die in Stadtparlamenten öffentlich diskutiert bereitstellen. Dasselbe gilt für entsprechende Unterlagen der Verwaltung. Ebenfalls veröffentlicht werden: Beratungsunterlagen, auf deren Basis kommunale Entscheidungen getroffen werden.
- Die Informationsfreiheit auf kommunaler Ebene unbürokratisch und offen umsetzen.
- Mehr Informationen zur kommunalen Auftragsvergabe veröffentlichen und Maßnahmen zu Korruptionsbekämpfung ergreifen.
- Mehr Informationen zu kommunalen Beteiligungen veröffentlichen und auf mögliche Interessenskonflikten von Kommunalpolitikern hinweisen.
- Hinweisgeber in kommunalen Korruptionsfällen schützen und unterstützen.
- Stellenausschreibungen im Management der zur Stadt gehörenden Gesellschaften transparent von einer überregional bekannten Beratungsgesellschaft durchführen lassen. Ein Parteibuch alleine kann kein Anstellungsgrund sein.
- Die mit Steuermitteln bezahlten Studien, Analysen, Gutachten und Konzepte externer Dienstleister ungekürzt veröffentlichen. Es gibt keinen Grund, dem Bürger derartige vom Magistrat, Landrat, städtischen Betrieben oder Zweckverbänden beauftragte Informationen vorzuenthalten. Der Bürger ist nicht doof.

Die Piratenpartei setzt sich von Transparency International in der Checkliste für Self-Audits zur Korruptionsprävention in Kommunen gemachten Vorschläge ein.

Datenschutz ist Demokratieschutz

Die immer leichter werdende automatisierte Verknüpfung einzelner, für sich genommen harmloser Daten verschiedener Verwaltungssysteme erlaubt die vollständige Durchleuchtung der Bürger. Der gemeinsame Schlüssel für diese Automatisierung der Verknüpfung wurde übrigens bereits eingeführt: Ihre neue, ab der Geburt lebenslang gültige Steuernummer. Eine Personenkennziffer durch die Hintertür des Steuerrechts.

Die Möglichkeit zu Rasterfahndungen in verschiedenen Datensammlungen führt schnell dazu, dass klassische Ermittlungen gar nicht erst durchgeführt werden. Stattdessen werden Datenbanken daraufhin untersucht, wer

wann und von wo mit wem telefoniert hat, wer wem Geld überwiesen hat oder wohin eine Flugreise gebucht wurde.

Am Ende muss der Bürger seine Unschuld beweisen, weil ein Computer entschieden hat, dass seine Daten verdächtig sind.

Wir unterstellen: Wir Bürger sind keine Täter. Auch keine potentiellen. Das Grundgesetz, dessen primäre Aufgabe es ist, den Bürger vor dem Staat zu schützen, stellt nicht umsonst die Unschuldsvermutung in den Vordergrund. Diese wird mit den angehäuften Datenhalden ausgehebelt und ad absurdum geführt.

Die Piratenpartei steht für:

- Ein kompetentes besetztes Datenschutzbüro, das auch in kommunale Projekte eingebunden wird.
- Den besten Datenschutz: Datenvermeidung statt deren Erhebung.
- Kürzeste Fristen für die Aufbewahrung zwingend notwendiger Daten.
- Öffentliche, einfach zugängliche und klar verständliche Informationen darüber, wo die Stadt was über welchen Bürger speichert und wie sie diese Daten gegen Missbrauch schützt.
- Einsatz von Kontrollpersonal statt Kamera-Überwachung von öffentlichen Plätzen und im öffentlichen Nahverkehr.
- Prüfung, ob der Datenverkauf im Einwohner-Meldewesen umgestellt werden kann auf ein voreingestelltes Verbot dieses Verkaufs statt der heutigen Möglichkeit für den Bürger, diesen Verkauf auf Antrag zu unterbinden.

Demokratie und Freiheit sind die Basis von allem. Beides braucht effektiven, ernst gemeinten Datenschutz. Daran muss Politik sich messen lassen. Selbstverständlich auch auf kommunaler Ebene.

V. Kommunikationsinfrastruktur

Die Piratenpartei setzt sich ein für die Einrichtung eines frei zugänglichen drahtlosen Netzwerks innerhalb des Darmstädter Stadtgebiets.

Diese Einrichtung soll kostenneutral erfolgen, indem die Stadt Darmstadt die Schirmherrschaft über das sogenannte **DA-Lan** ('Da'rmstadt wireless 'L'ocal 'A'rea 'N'etwork) übernimmt und als Provider, also verantwortlicher Anbieter auftritt. Innerhalb dieser Schirmherrschaft ist es den Darmstädtern Bürgern möglich, einen Teil der Bandbreite ihrer heimischen W-Lan-Routers über DA-Lan anderen Bürgern zur Verfügung zu stellen.

Die rechtlichen Aspekte werden durch Teilnahmebedingungen und Registrierung der Nutzer als zwingende Voraussetzung zur freien Nutzung geregelt. Mit dieser in anderen europäischen Ländern erprobten Regelung kann die Stadt Darmstadt ihren Bürgern, Besuchern, Messe- und Kongressgästen eine kostenneutrale, flächendeckende Abdeckung mit einem W-LAN Netz anbieten.

Die Entwicklung und Realisierung soll in Abstimmung mit der international erfolgreichen Frei-Funk Bewegung erfolgen.

VI. Kultur

Darmstadt war schon immer eine Stadt der Kultur. Man denke an die Mathildenhöhe mit ihrer Künstlerkolonie, den Hochzeitsturm, oder auch an den Jugendstil ganz allgemein. Es gehören aber auch das Hessische Landesmuseum mit seiner derzeitigen Renovierungsphase, als auch Dinge wie die Nacht der Museen, oder die Nächte der Musik im Martinsviertel mit dazu.

In Zeiten, in denen das Geld knapper wird, muß man sich daher Gedanken darüber machen, wie man die Kultur, die ja ein wichtiges Ausgleichselement zur Arbeitswelt und -zeit darstellt, so unterstützen kann, daß sie viele Bedürfnisse abdecken kann.

Prinzipiell kann man entweder an den Ausgaben sparen, oder sich um Sponsoren bemühen.

Eine Stadt wird aber auch als kultureller Anziehungspunkt gesehen. Als Beispiel sei hier Baden-Baden mit dem größten Theaterbau Deutschlands, der darüber hinaus vollkom-

men aus Sponsorenhand und Eintrittsgeldern finanziert wird, genannt. Nun ist Darmstadt nicht Baden-Baden, und will es auch nicht werden. Dennoch ist z.B. auch in vergleichbar großen Städten zu sehen, dass man an den Theatern versucht, junge, wilde Regisseure für einzelne Stücke zu engagieren. So kann man durch eine attraktive Vielfalt auch neue "Kunden" gewinnen.

Die Piratenpartei setzt sich hierbei dafür ein, dass die begrenzten Mittel neben kulturellen Einrichtungen wie dem Staatstheater auch Kulturangeboten der Subkultur zufließen bzw. Sparvorhaben nicht nur im Bereich der Subkultur realisiert werden, sondern alle Einrichtungen gleichermaßen miteinbeziehen. Weiterhin fordern die Darmstädter Piraten auch Anbieter freier Kultur anzuerkennen, sie zu fördern und zu unterstützen.

VII. Überwachung

Die Piratenpartei ist gegen eine systematische Überwachung der Bevölkerung durch staatliche oder private Organisationen.

Die Überwachung der Bürger mit technischen Mitteln verhindert, entgegen immer wieder geäußerten Behauptungen, keine Straftaten sondern verlagert sie bestenfalls. Nichtsdestotrotz beeinflusst eine hohe Dichte von technischen Überwachungsmaßnahmen unbescholtene freie Bürger in ihrem Verhalten und fördern die Anpassung an vermeintlich unauffälliges Verhalten. Das Bestreben, die Überwachung immer lückenloser und unter Zusammenführung mehrerer Datenquellen auszubauen, gefährdet daher unsere Demokratie in zunehmendem Maße.

Die Piratenpartei fordert eine kritische Überprüfung aller derzeit in Darmstadt installierten Überwachungskameras. Dabei ist von den jeweiligen Betreibern darzulegen, welchen genauen Nutzen die jeweilige Kamerainstallation hat, und wie ein Datenschutz aller damit gemachten Aufnahmen sichergestellt wird. Ziel der Überprüfung ist, die Zahl der Überwachungskameras zu reduzieren und auf ein Mindestmaß zu begrenzen.

Die Piratenpartei fordert weiter den Standort und Blickwinkel aller Überwachungskameras öffentlich zu dokumentieren und über die Webseite der Stadt zur Verfügung zu stellen.

VIII. Verkehr

Ein effektives und gut ineinandergreifendes Verkehrskonzept ist essentiell für die Entwicklung der Stadt Darmstadt. Denn nicht nur Firmen wünschen sich gute Verkehrsanbindungen, sondern auch die Bürger wollen überall schnell und einfach hinkommen, egal welches Verkehrsmittel sie wählen. Dazu gehört neben neuen Verkehrswegen auch dafür zu sorgen, dass die vorhandenen sich in einem guten Zustand befinden.

Die Piratenpartei setzt sich daher für ein Verkehrskonzept ein, bei dem es darum geht, Mängel und Engpässe zu beseitigen sowie vorhandene Ressourcen effektiver zu nutzen.

Kraftverkehr

Täglich fahren viele Autos mitten durch unsere Stadt. Zur Zeit ist kein Ansatz zu erkennen, diese möglichst effektiv durch die Stadt zu leiten. Zudem ist es gerade für Auswärtige sehr schwer, einen Parkplatz im Innenstadtgebiet zu finden. Das beeinflusst negativ die Attraktivität der Innenstadt.

Deswegen setzt sich Piratenpartei ein für:

- Das Einführen von 'Grünen Wellen' auf den Hauptdurchfahrtsstrassen
- Eine Erweiterung des kostenlosen Kurzparkens in der Innenstadt
- Nachhaltiges Durchsetzen des LKW Transitverbots für Darmstadt.
- Einführung eines Parkleitsystems für die Innenstadt

ÖPNV

Der Öffentliche Personen Nahverkehr (ÖPNV) ist eine der tragenden Säulen eines gut funktionierenden Verkehrssystems. Ziel sollte es sein jeden Ort gut und einfach mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen zu können.

Deswegen setzt sich die Piratenpartei ein für:

- Taktverdichtung auf den meistgenutzten Bus- und Straßenbahnlinien auf 7.5 Minuten bzw. im Berufsverkehr auf 5 Minuten.
- Späterer Betriebsschluss für die Busse und Straßenbahnen.
- Eine bessere Anbindung des Ostbahnhofs und der Lichtwiese.

Radverkehr

Für viele Darmstädter ist das Fahrrad das erste Verkehrsmittel der Wahl. Es wird von allen Personenkreisen verwendet. Es ist gerade in der Stadt ein praktisches und umweltfreundliches Mittel, um unabhängig von A nach B zu kommen. Aber der Radverkehr hat seine eigenen Anforderungen an ein Verkehrskonzept.

Deswegen setzt sich die Piratenpartei ein für:

- Ausbau des Radwegenetzes.
- Vermeidung von Führung der Radwege über Haltestellen
- Mehr Wegweiser speziell für Radfahrer. Sowie eine deutliche Kennzeichnung der Hauptradwege durch Darmstadt.

ICE-Trasse

Eine gute Anbindung an den Frankfurter Flughafen und das ICE Netz ist wichtig für die Entwicklung unserer Stadt. Sie darf aber nicht zur Belastung der Darmstädter Bürger werden.

Die Piratenpartei Darmstadt ist daher gegen eine Anbindung des Darmstädter Hauptbahnhofes an die geplante ICE-Strecke Frankfurt-Mannheim. Es ist ungewiss, wie viele Züge tatsächlich halten und wie viele einfach nur durchrauschen würden. Wir wissen aber, dass die Strecke die Lebensqualität der Anwohner entlang der Strecke schaden würde. Zudem könnte der Haushalt durch Lärmschutzmaßnahmen unnötig belastet werden.

Da wir aber der Überzeugung sind, dass Darmstadt eine gute Anbindung an den Flughafen und das ICE Netz benötigt, sind wir für eine Nordanbindung über eine bereits vorhandene, nur nicht genutzte Trasse zu dem ICE Bahnhof Flughafen Frankfurt. Die Trasse muss dazu entsprechend instand gesetzt werden, um Fahrzeiten unter 20 min möglich zu machen.

IX. Wirtschaft

Für viele innovative Unternehmen in Darmstadt ist ein schneller und zuverlässiger Zugang zum Internet auf Basis modernster Breitband-Technologien unverzichtbare Geschäftsgrundlage. Die Piratenpartei setzt sich daher für einen konsequenten und zügigen Ausbau der Breitband Telekommunikations-Infrastruktur ein.

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass die Mitgliedschaft in der IHK für Unternehmen mit weniger als 5 Beschäftigten und Selbständige freiwillig ist. Gerade für Start-Up-Unternehmen und Selbständige stellt die Mitgliedschaft eine Belastung dar, für die nicht immer eine entsprechende Gegenleistung ersichtlich ist. Ohne Zwangsmitgliedschaft ist die IHK gefordert, für ihre Mitglieder attraktiv zu sein

Zu diesen Ziel soll die Stadt Darmstadt über Öffentlichkeitsarbeit beitragen, sowie prüfen inwieweit sie dazu verpflichtet ist beim Beitragseinzug der IHK behilflich zu sein

Zur Erfüllung dieses Ziels soll die Stadt Darmstadt mittels Öffentlichkeitsarbeit beitragen, sowie prüfen, inwieweit sie dazu verpflichtet ist, beim Beitragseinzug der IHK behilflich zu sein.

X. Umwelt

Die Piraten sehen keinen Vorteil darin, Energiepolitik und Energiewirtschaft durch wenige große Firmen mit Monopolstruktur festlegen zu lassen. Deshalb unterstützen sie Energie-Erzeugung und Verteilung in privater bzw. kommunaler Hand.

Konkret will die Piratenpartei:

- regenerative Energie-Erzeugung (und Energiespeicherung) auf kommunaler Ebene fördern. Hierzu werden die Dächer öffentlicher Gebäude für die Nutzung von Solarenergie bereitgestellt, wo dies sinnvoll ist. Die Bebauungspläne sollen sinnvolle Arten regenerativer Energie-Erzeugung (und Speichertechniken) angemessen berücksichtigen und fördern, insbesondere gilt dies auch für innovative Ansätze und zur Unterstützung von Forschungsprojekten.

- die lokalen Energie-Verteilnetze rekommunalisieren, wie es etwa die Bürger von Schönau gemacht haben (EWS Schönau).
- Energieerzeugung in Bürgerhand fördern.
- öffentliche Gebäude und Anlagen energie-technisch optimieren.
- prüfen, ob Blockheiztechnik oder / und Solarthermie wirtschaftlich für die komplette oder teilweise Beheizung von Freibädern genutzt werden kann.
- in dafür geeigneten Kommunen prüfen unter welchen Bedingungen neue kommunale Speicherkraftwerke lokal und regional erzeugte regenerative Energie-Spitzen wirtschaftlich speichern können.

Weiterhin setzen sich die Piraten dafür ein, dass die Erfassung von Verpackungsmüll nicht mehr durch den gelben Sack sondern durch die gelbe Tonne erfolgt. Dadurch soll das Stadtbild von herumliegenden Müll gesäubert und eine lästige Mülllagerung in den Wohnräumen vermieden werden.

Die Piratenpartei Darmstadt setzt sich dafür ein, dass der EAD die Bürger besser über bestehende Recyclingmöglichkeiten informiert und diese dem Bedarf anpasst.

XI. Kinder & Familie

Nicht nur für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Darmstadt ist eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie unverzichtbar, auch für die Attraktivität des Standortes an sich ist eine erfolgreiche Kinder- und Familienpolitik zwingend notwendig. Die Piratenpartei sieht hier für Darmstadt Potential für Verbesserungen, welche letztendlich Allen zugute kommen

Wir sehen Darmstadt dabei schlecht auf das Jahr 2013 vorbereitet. Mit der Einführung des Rechtsanspruches auf Kitaplätze für Kleinkinder unter 3 Jahren kommt eine Herausforderung auf Darmstadt zu, welche bislang nur unzureichend behandelt wird?

Dabei kann eine drastische Erhöhung der Zahl der Kindertagesstätten nur ein erster Schritt sein.

Es muss nicht nur sichergestellt werden, dass Kitas breit und möglichst gleichmäßig über das Stadtgebiet verstreut werden, gleichzeitig müssen auch Anstrengungen unternommen werden, um die Kindertagesstätten- und Kindergartengruppen möglich heterogen aufzustellen, damit Kinder mit Behinderungen oder Migrationshintergrund früh integriert werden.

Darüberhinaus ist für die Erzieherinnen und Erzieher eine Arbeitsumgebung zu schaffen, welche eine frühkindliche Förderung ermöglicht. Der Übergang zu einer erfolgreichen Bildungspolitik ist fließend: Der Grundstein für eine Bildungskarriere wird im Kindergarten gelegt.

Eine erfolgreiche Kinder- und Familienpolitik endet aber nicht an der Kita-Schwelle: Das Kultur- und Sportangebot der Stadt Darmstadt benötigt mehr Impulse für Kinder. In Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Vereinen und Kulturträgern lässt sich hier auch mit wenig Aufwand viel erreichen.

Wir sind uns bewusst, dass sich Ausgaben im Kinder- und Familienbereich vergleichsweise schwer begründen lassen, da sich die positiven Auswirkungen nur schwer quantifizieren lassen.

Die langfristigen Vorteile nicht nur für die Gemeinde und ortsansässige Firmen, sondern auch für die Bürger, sind jedoch gut belegt und bedürfen kaum weiterer Erklärung.

Es gibt daher zu einer aktiven Kinder- und Familienpolitik keine langfristige Alternative.